



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/93 - 21.4.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|---------------------------------|------|
| Stiefkind deutsche Forschung | S. 1 |
| Die Wiederkehr des "Le Temps" | S. 4 |
| Lücke im Flüchtlingswohnungsbau | S. 5 |
| Anhang: | |
| Kommuniqué des Parteivorstandes | |

SOS-Ruf an alle Verantwortlichen

Von Heinrich Landahl, Senator a.D. - Hamburg

Die neue industrielle Revolution, in der wir bereits mitten drinstehen, stellt immer höhere Ansprüche an den wissenschaftlichen und technischen Nachwuchs. Neue Erkenntnisse der naturwissenschaftlichen Forschung einerseits, die steigende Bevölkerungsdichte und die Notwendigkeit, den Verlust landwirtschaftlicher Gebiete auszugleichen andererseits, lassen Wissenschaft und Technik sich in immer neue Lebensbereiche ausbreiten. Der Anteil der geistigen Arbeit, der vor dem Beginn der Produktion geleistet wird und für ihre Durchführung nötig ist, wird immer grösser. Die Bewältigung der volkswirtschaftlichen, der gesellschafts- und sozialpolitischen Aufgaben ist ohne wissenschaftliche Ausbildung einer ständig wachsenden Zahl junger Menschen nicht mehr zu schaffen. In der Anpassung an diese veränderte Lage haben die USA und Sowjetrußland einen grossen Vorsprung vor dem alten Europa erreicht. Deutschland hinkt weit hinterher - infolge der unvergleichlichen Kriegszerstörungen und der schweren, nur langsam zu überwindenden politischen Störungen.

Jetzt aber ist es an der Zeit, für den Bereich von Wissenschaft und Technik, insbesondere die Nachwuchsförderung, SOS-Rufe an alle Verantwortlichen auszusenden.

Existenznot der Studenten

Zwar wächst die Zahl der Studenten an unseren Universitäten und Technischen Hochschulen von Jahr zu Jahr. Aber der Erfolg der Arbeit -2-

wird durch verschiedene Nöte beeinträchtigt. Da ist zunächst die Existenznot der Studenten. Der weitaus grösste Teil von ihnen erhält die Mittel für Lebensunterhalt und Studiengelder nicht von der Familie, sondern muss sie sich durch Werkarbeit verdienen. Darunter leidet das Studium, und der Erfolg der Ausbildung wird eingeschränkt. Das verletzt die Interessen der Allgemeinheit. Aus diesem Grunde wenden andere Nationen hohe Mittel auf, um den befähigten Studenten die intensive Durchführung ihres Studiums ohne Ablenkung durch die Notwendigkeit des Geldverdienens zu ermöglichen. In England erhalten 71 Prozent der Studenten Staatsstipendien, in Frankreich 54 Prozent. In der Bundesrepublik sind es höchstens 20 Prozent, von denen der grösste Teil aber Unterstützungen aus Kriegsfolge- und Lastenausgleichsmitteln erhält. Echte Stipendien erhalten noch nicht 10 Prozent, und wirklich gesichert ist das Studium für das e i n e P r o z e n t, die 1 300 Studenten, die in die Studienstiftung des deutschen Volkes aufgenommen werden können. Das muss geändert werden.

Bund und Länder müssen helfen

Wenn wir nur 30 Prozent unserer Studenten durch Stipendien sichern wollen, sind dafür jährlich 100 Millionen erforderlich, bei 50 Prozent sind es 160 Millionen DM, die je zur Hälfte vom Bund und den Ländern aufgebracht werden müssten, wie sich das bei der Studienstiftung seit Jahren bewährt hat. Dieser Aufwand aber ist unbedingt notwendig. In der SBZ wird mehr getan, natürlich leider mit dem negativen politischen Vorzeichen. Ausserdem muss an jedem Universitätsort die Mensa in ihren Leistungen verbessert und der Bau von Studentenwohnheimen gefördert werden.

Soll die Ausbildung einer ständig wachsenden Zahl von Studenten vollwertig bleiben, so muss die Zahl der Dozenten vermehrt werden. Dafür müssen Stellen geschaffen und so dotiert werden, dass Industrie und Wirtschaft nicht mit doppelt oder dreifach so hohen Gehaltsangeboten die besten Kräfte für sich gewinnen.

Mehr Universitäten erforderlich

Ich meine aber auch, dass wir die Universitäten und Hochschulen nicht ins Ungemessene weiter wachsen lassen dürfen. Um 1820 hatte die neue Berliner Universität, nach deren von Humboldt geprägtem Vorbild die deutschen Universitäten sich im 19. Jahrhundert umbildeten, zwischen 600 und 800 Studenten und 30 Professoren. Heute haben unsere grossen Hochschulen die 10 - 15fache Studentenzahl, während die Professorenzahl sich bestensfalls verfünffacht hat. Mit dieser Übergrösse verlieren die Universitäten an innerer Bindung und Kraft. Dagegen gibt es nur eine Abhilfe: Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, in den grossen Städten, die nun einmal in aller Welt von den Studenten bevorzugt werden, mehrere Universitäten und Hochschulen von vernünftiger Grösse nebeneinander zu haben, wie das in Amerika schon lange keine Seltenheit mehr ist.

Das gleiche gilt für die Ingenieurschulen. Der Bedarf an Ingenieuren wächst aus naheliegenden Gründen rapide. In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Stellenangebote verfünffacht, die der Stellensuche dagegen nur verdoppelt. Der Andrang zu den Ingenieurschulen ist entsprechend stark, aber nur ein Drittel der Bewerber kann aufgenommen werden, weil die Kapazität der vorhandenen Ingenieurschulen bei - 3 -

äusserster Ausnutzung nicht weiter reicht. Auch hier hilft nicht Vergrösserung der einzelnen Schulen, sondern eine Vermehrung der Zahl von Ingenieurschulen. Ebenso dringlich ist angesichts der sich fast überstürzenden Entwicklung der Technik die Modernisierung ihrer Ausstattung.

Unzulängliche Forschungsförderung

Ein letztes Wort über die Mittel für die Forschungsförderung. Sie sind noch nimmer unzulänglich. Trotz des seit mehr als sechs Jahren bewährten Königsteiner Abkommens, das Bund und Länder für die Finanzierung der Forderung geschlossen haben, gibt es in der Grundlagenforschung, aber ebenso in der angewandten technischen Forschung noch erhebliche Lücken und Mängel, Kriegsschäden, insbesondere die Zerstörungen bei den Instituten, sind zum grossen Teil noch nicht behoben. Die Geräteausstattung hat in zahlreichen Instituten den Stand von 1939 noch nicht wieder erreicht, der heute natürlich nicht einmal genügt. Wichtige Forschungsgebiete stehen vor einem Neubeginn, wie etwa die Luftfahrt- und die Schiffbauforschung.

Ganz neu ist das entscheidende Gebiet der Atomforschung und der Entwicklung der Kernenergietechnik. Die in der Bundesrepublik nach monatelangen Verhandlungen für diese Aufgaben bewilligten Sondermittel von maximal 40 Millionen DM wirken recht kläglich im Vergleich mit dem letzten englischen Plan, der für Grundlagenforschung und Nachwuchsforde- rung auf diesem Gebiet für die nächsten fünf Jahre zusätzlich rund zwei Milliarden DM bereitstellt, ohne die Kosten für die Entwicklung der Uran-Reaktoren. Die USA verfügen heute bereits über 20 Atomreaktoren die Sowjetunion vermutlich über eine ähnlich hohe Zahl, Europa über fünf, - in der Bundesrepublik wird er erst geplant. Die USA haben in den letzten Jahren 55000 Atomtechniker ausgebildet, England 5000, Frankreich 2000, das übrige Europa 1000, - Deutschland beginnt gerade jetzt mit dieser Aufgabe.

Zwei Jahrzehnte sind aufzuholen

Wir haben durch unser politisches Schicksal zwei Jahrzehnte verloren und müssen nun vieles nachholen. Mit althergebrachten Methoden ist die Aufgabe nicht zu meistern. Die erforderlichen Mittel sind von ganz anderer Grössenordnung. Schliesslich aber dienen sie ja auch der Vorbereitung eines neuen, des Atomzeitalters, dessen grosse Möglichkeiten und Gefahren rechtzeitig erkannt und bewältigt werden müssen.

* * *

Die SPD fördert Nachwuchs

"Weitschauend fördert die S P D den wissenschaftlichen und technischen Nachwuchs. Insbesondere von ihren Länder-Bastionen aus. An erster Stelle möchte ich als Initiatoren hier Staatssekretär Prof. Dipl.-Ing. Leo Brandt (Düsseldorf) nennen, gefolgt von Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner (München). Sehen Sie diese Tatsache auch im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen. Im Vergleich hierzu wirkt die Hochschulpolitik der CDU leider kurzfristig und wenig zielbewusst. Inzwischen wächst der Bedarf an Ingenieuren, Technikern und akademischen Führungskräften ständig..."

(Aus dem unternehmerfreundlichen Informations-Brief von C.L. Schmitt, Detmold, vom 13. April 1956)

* * *

Der Anschlag auf "Le Monde" -
Pariser Zeitungstragödie

G.M. In Frankreich spielt sich z.Zt. eine Zeitungstragödie ab, deren Hintergründe jedem Zeitungsleser in Europa bekanntgegeben werden sollten. Eine der seriösesten Zeitungen Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war in Frankreich "Le Temps", ein Blatt, das stets stolz auf seine Unabhängigkeit sein konnte. Als die deutsche Wehrmacht Frankreich besetzte, weigerten sich die meisten Redaktionsmitglieder, die Zeitung unter deutschen Zensur-Offizieren herauszugeben. Die Geschäftsführung jedoch dachte darüber anders. Das Blatt erschien unter gleichem Titel nur mit veränderter Redaktion auch während der Besatzungszeit. 1945 musste aus diesen Gründen "Le Temps" sein Erscheinen einstellen.

Bald jedoch übernahm eine neue Zeitung die Tradition der Unabhängigkeit des früheren "Le Temps". Es wurde die Zeitung "Le Monde" gegründet, die heute zu den wichtigsten europäischen Blättern gehört. "Le Monde" konnte sich über die zahlreichen Nachkriegsregierungen der französischen Republik hinweg seine politische Unabhängigkeit wahren. Oft nahm die Zeitung in entscheidenden Phasen der europäischen Politik eine hervorragend objektive Haltung ein und gewann sich damit das Vertrauen im In- und Auslande. Besonders in letzter Zeit hat "Le Monde" die ausschliesslich militärischen Aspekte der amerikanischen Europapolitik stark kritisiert. "Le Monde" leistete damit einen beachtlichen Beitrag zur Erörterung des Ost-West-Verhältnisses. "Le Monde" nahm auch kein Blatt vor den Mund, als es sich darum handelte, die französische Kolonialpolitik in Indochina oder Nordafrika blosszustellen. Als es um die EVG und die Pariser Verträge ging, hat "Le Monde" mit überlegener Klarheit die Fehler dieser künstlichen Konstruktion aufgezeigt.

Diese Tatbestände muss man kennen, um zu begreifen, was sich jetzt in Frankreich abspielt. Ein ohne Zweifel von amerikanischen Geldquellen abhängiger Propagandaapparat, mächtige Gesellschaften der Kautschuk-, Automobil- und Treibstoffindustrie, sowie eine Gruppe von Lebensmittel-Industriellen haben sich zusammengesetzt, um der Zeitung "Le Monde" den Garau zu machen. Sie gründeten "Le Temps" der seit einigen Tagen in einer Grossauflage zu Preisen, die unter den Produktionskosten liegen, auf den Markt geworfen wird.

Die Gründungsgesellschaft hat einen monatlichen Verlust von 100 Millionen Francs (etwa 1 Million Mark) einkalkuliert. Und das vorläufig für eine unbegrenzte Zeit.

Interessant ist hierbei noch, dass hinter den Gründern der "Le Temps" der frühere französische Ministerpräsident Pinay steht, der Mann, der in der Vergangenheit fast bedingungslos die amerikanische Linie der europäischen Politik verfolgte.

"Le Monde" stellte dieser Tage mit einer gewissen Traurigkeit fest, es sei doch sehr beachtlich, dass zur gleichen Zeit, da die sozialistische Regierung des Ministerpräsidenten Mollet alle Mühe habe, Geld zur Durchführung notwendiger sozialer und anderer Regierungsmassnahmen aufzutreiben, eine grosse Industriegruppe das Geld auf das Verlustkonto einer zweckbestimmten Zeitungsgründung schreibt.

Verschlimmerung des Lagerelends?

KJ. Im Bundesdurchschnitt muss ein Sowjetzonenflüchtling zwei Jahre in einem Lager verbringen, bevor er in eine Wohnung eingewiesen werden kann. Das ist eine lange Zeit, und wenn nicht bald Entscheidendes geschieht, werden aus den zwei Jahren vielleicht drei und mehr. Schuld daran ist so manches. Mit der Verteuerung der Baukosten fängt es an. Brauchte man 1953 für eine Wohnungseinheit noch 12 000 DM, so werden heute bereits 18 000 DM benötigt. Die Förderungsbeiträge des Bundes für den Flüchtlingswohnungsbau sind aber bei 6 000 DM stehengeblieben. Die Länder wollen auch nicht mehr als 4 000 DM - so wie das früher war - hergeben. Die Folge davon: der Bauherr kann die Differenz nicht tragen, und so haben wir jetzt in vielen Städten und Kreisen der Bundesrepublik den traurigen Zustand, dass sich keiner mehr an den Bau von Flüchtlingswohnungen heranwagt.

Die einfachste - wenn auch nicht beste - Lösung wäre nun, die bereitgestellten unzulänglichen Mittel anstatt für 100 eben nur für 75 Flüchtlingswohnungen zu verbrauchen. Das Gesetz jedoch verbietet das. Und so erlebte man den Widersinn, dass seit Ende vorigen Jahres gutes Wohnungsförderungsgeld in den Kassen vieler Städte und Kreise liegen bleibt, weil alle Beteiligten Angst haben (die Angst der Gewissheit!), damit nicht auszukommen.

Der Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge hat vor wenigen Tagen zum wiederholten Male auf diesen untragbaren Zustand hingewiesen und die Erhöhung der Bundesmittel um 2 000 DM auf 8 000 DM gefordert. Es ist an der Zeit, dass sich das Bundesvertriebenenministerium mit dem Bundesfinanzminister zusammensetzt und darüber nachdenkt, wie man der empfindlichen Panne energisch zu Leibe rücken kann. Bei dem anhaltenden Zustrom von Sowjetzonenflüchtlingen - kamen doch allein über Ostern 4 000 und den beiden Wochen darauf gab es neue "Rekordziffern" - sind die Lager zum Brechen überfüllt. Die Aussicht, einmal die Lager auflösen zu können, wird von Monat zu Monat trüber: an die Stelle untergebrachter Flüchtlinge treten nicht nur neue - es bleiben die alten ja länger drin, als früher, weil die für sie bestimmten Wohnungen so teuer geworden sind, dass die Beteiligten aus Angst vor der Pleite das Bauen am liebsten ganz sein lassen. Und die Behörden müssen sich wohl oder übel an die Bestimmungen halten und dürfen keine Mark mehr ausgeben als das - 6 -

Gesetz es befiehlt.

Das "Deutsche Wirtschaftswunder" sollte ein paar Tage auf Besuch in die prallvollen Lager gehen...

* * *

Vertreter der Heimatvertriebenen verlassen die CDU

Am 28. Juli 1953 fasste der Landesvertriebenenausschuss Rheinland der CDU mit grosser Mehrheit eine Entschliessung, in der er die Aufstellung von drei Vertriebenenvertretern, nämlich

1. Rechtsanwalt Dr. Linus Kather, Bonn (kath.)
2. Ehefrau Hilde Röskau, Köln (kath.) und
3. Regierungsrat Erich Gerth, Düsseldorf (ev.)

an sicherer Stelle der Landesliste forderte. Auf dem Landesparteitag in Mönchen-Gladbach, bei dem Regierungsrat Gerth als Sprecher der Vertriebenen auftrat, kam es darüber zum Krach. Durch das persönliche Eingreifen Adenauers wurde dann schliesslich doch Dr. Linus Kather als einziger der drei vorgeschlagenen Kandidaten auf der Landesliste der CDU in den Bundestag gewählt. Dr. Kather trat schon im Juni 1954 zur EHE-Fraktion des Bundestages über, der er noch heute angehört.

Regierungsrat Gerth erklärte im gleichen Monat Juni 1954 seinen Austritt aus der CDU. Er gehört heute der SPD an.

Frau Hilde Röskau, die im Juni 1954 auf der Landesliste der CDU in den Landtag Nordrhein-Westfalen gewählt worden war, hat nunmehr ebenfalls ihren Austritt aus der CDU erklärt. Sie ist Mitglied der FDP-Fraktion des Landtages geworden.

* * *

Ein Zeuge für Globke

sp. In seinem Pamphlet "Das Wesen der Spruchkammern", welche Schrift in Leonhard Schlüters Göttinger Verlagsanstalt im Jahre 1954 erschien, schreibt Otto Koellreutter:

"Wenn der heutige politische Vertraute des Bundeskanzlers, Staatssekretär Dr. Globke, der der Verfasser eines sachlichen und seinerzeit viel benützten Kommentars der Nürnberger Gesetze war, in der amerikanischen Zone in die Hände eines Verbrechers wie des Vorsitzenden der Spruchkammer München-Land gefallen wäre, hätte er wegen 'ausserordentlicher politischer und propagandistischer Unterstützung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft' (Art. 5 Z. 6 Befreiungs-Gesetz) mindestens 5 Jahre Arbeitslager bekommen."

Endlich doch einer, der die S a c h l i c h k e i t des Globke'schen Kommentars bescheinigt!

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau

Kommuniqué zur Vorstandssitzung der SPD

Am 20. und 21. April tagte in Bonn unter der Leitung des stellv. Vorsitzenden, Wilhelm Mellies, der Vorstand der SPD.

Er befasste sich mit einer Reihe laufender Angelegenheiten, so u.a. in Anwesenheit des Vorsitzenden und des stellv. Vorsitzenden des Landesverbandes Saar mit Fragen, die sich aus der von der SPS beschlossenen Selbstaflösung und der Übernahme von Mitgliedern dieser Partei in die SPD, Landesverband Saar, ergeben. Nach den vorliegenden Vereinbarungen können grundsätzlich alle Mitglieder der ehemaligen SPS zur SPD übertreten. Ein Vermittlungsausschuss behandelt die Einsprüche, die gegen die Übernahme bestimmter Einzelpersonen erhoben werden dürften. Den Vorsitz in diesem Ausschuss, der sich aus drei Mitgliedern des Landesverbandes Saar der SPD und drei Mitgliedern der früheren SPS sowie dem Vorsitzenden zusammensetzt, führt das Vorstandsmitglied der SPD, Willi Eichler. Sein Stellvertreter ist Jakob Stephan, Mitglied der Kontrollkommission. Man war sich völlig einig darüber, dass das Kernstück aller Überlegungen in dieser Frage die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei an der Saar zu sein habe.

Über den Stand der Regierungsverhandlungen in Baden-Württemberg berichteten der Landesvorsitzende Erwin Schoettle und der Vorsitzende der Landtagsfraktion Alex Möller.

Eine in ihren Einzelangaben interessante Rückschau auf den bayrischen Gemeindewahlkampf gab der Landesvorsitzende Waldemar von Knoeringen. Er wies u.a. auf die besonders bemerkenswerte Tendenz hin, dass die SPD in Bayern nachweislich am stärksten in katholischen Gebieten zugenommen habe. Zur koalitionspolitischen Lage erklärte Knoeringen, dass zwar die CSU mit allen Mitteln versuche, die Arbeit der gegenwärtigen Regierung zu behindern, dass sie aber damit keine Aussicht auf Erfolg habe.

Ein weiterer Bericht galt der Einbringung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes zur Neuordnung der Altersrenten durch die Bundestagsfraktion. Diese Initiative begrüßte der Vorstand nachdrücklich.

Er billigte dann den Vorschlag, am 23. und 24. Juni in Hamburg -2-

eine verkehrspolitische Tagung der SPD stattfinden zu lassen. Auf ihr sollen drei Themenkreise im Mittelpunkt stehen: Die Problematik der öffentlichen Personen-Verkehrsunternehmen, die Sanierung der Bundesbahn nebst einer Lösung des Problems Schiene-Strasse sowie die Fragen der Strassensicherheit, des Strassenbaues und der Strassenfinanzierung in Bund Ländern und Gemeinden.

Das Vorstandsmitglied Hertha Gotthelf berichtete von der letzten Frauenkonferenz der Labour-Party in London, in der die Frage der Altersrenten eine besonders wichtige Rolle gespielt habe.

Der Vorstand gab die Genehmigung, einen neuen kommunalpolitischen Referenten anzustellen in der Person von Max Hennig, der z.Zt. noch in der Partei an der Saar tätig ist und sein Amt demnächst antreten wird.

Der Vorsitzende der Partei, Erich Ollenhauer, sowie die Vorstandsmitglieder Fritz Heine und Herbert Wehner werden die SPD auf dem Parteitag der schwedischen Sozialdemokraten vertreten, der vom 13. - 18. Mai in Stockholm stattfindet.

*

*

*